

II- 1555 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates
XIV. Gesetzgebungsperiode

Nr. 844 /J

1976 -11- 29

A n f r a g e

der Abgeordneten STEINBAUER
und Genossen
an den Herrn Bundeskanzler
betreffend Änderung der Presseförderung

In der "Kleinen Zeitung" vom 24.11.1976 wurde auf Seite 2
unter dem Titel "Zeitungsmitbesitz: Staat soll zahlen"
ein Artikel veröffentlicht, in dem es heißt:

"Einen Plan zur Veränderung der Eigentumsverhältnisse
im Pressewesen hat der Obmann der Journalistengewerkschaft,
Günther Nenning, Bundeskanzler Bruno Kreisky vorgelegt:
Er läuft darauf hinaus, den Journalisten mit staatlichen
Mitteln Miteigentum an ihren Blättern zu kaufen, wobei vom
bisherigen Prinzip abgegangen würde, an die Förderung keiner-
lei Bedingungen zu knüpfen.

Nenning gab gestern dem Gewerkschaftsvorstand einen ver-
traulichen Bericht. Danach habe er dem Kanzler vorgeschlagen:
Falls der Staat über die derzeitige Presseförderung hinaus
weitere Mittel zur Verfügung stellen könnte, sollte man
diese Beträge jenen Zeitungen geben, deren Redakteure Mit-
bestimmungsrechte hätten. Dort könnte man die Subventionen
zu einer Aufstockung des Kapitals des Verlagsunternehmens
verwenden und die aus diesem 'Sozialkapital' erwachsenden
Eigentümerrechte den Journalisten übertragen.

Dem Regierungschef, berichtete Nenning, habe dieser Vor-
schlag gefallen. Es werde nun zu weiteren Gesprächen auf
Expertenebene kommen."

Im Hinblick auf diese sehr aufklärungsbedürftigen Vorgänge
richten die gefertigten Abgeordneten an den Herrn Bundes-
kanzler folgende

- 2 -

A n f r a g e :

- 1) Trifft es zu, daß der Obmann der Journalistengewerkschaft, DDr.Nenning, Ihnen die in der "Kleinen Zeitung" dargestellten Vorschläge unterbreitet hat und daß Sie diese Vorschläge gutheißen ?
- 2) Trifft es zu, daß es zu weiteren Gesprächen auf Expertenebene in dieser Angelegenheit kommen soll ?
- 3) Planen Sie, die Presseförderung an gewisse Bedingungen zu knüpfen ?